

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

eine Freundin sagte unlängst zu mir:

„Wenn Sehnsucht etwas größer ist als Angst, dann entsteht Mut!“

So lässt sich das Gefühl beschreiben, welches mich beherrscht, seit ich mich entschlossen habe, als Bürgermeisterin für die CDU in Leutesdorf zu kandidieren. Denn eine solche Entscheidung kann man nur mit dem nötigen Respekt vor der Aufgabe treffen.



Ich möchte mich dafür einsetzen, Leutesdorf als liebenswerten Wohnort zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu brauche ich Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und vor allem auch Ihre Mitarbeit. Gemeinsam können wir mit guten Ideen und Tatkraft viel bewegen!

Was mir alles wichtig ist, werden Sie demnächst in meinem Kandidatenprospekt lesen können.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen versichern, dass mir der Kontakt zu Ihnen allen wichtig ist. Dazu werden auch regelmäßige öffentliche Dorfrundgänge die Möglichkeit geben oder etwa ein Bürgerstammtisch. Ich möchte Ansprechpartnerin sein für die kleinen und größeren Probleme unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, Ihnen zuhören und mich dafür einsetzen, Lösungswege zu finden.

Der Umgang mit Medien und Veröffentlichungen, etwa in sozialen Netzwerken, ist sicher ausbaufähig und wird von mir unterstützt, denn es ist wichtig, mehr Menschen für die Kommunalpolitik zu interessieren!

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung meiner Kandidatur!

*Herzliche Grüße,  
Ihre Beate Kerres*

## **Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai 2019**

Das ist das in der Mitgliederversammlung gewählte Team des CDU-Ortsverbandes Leutesdorf für den neuen Gemeinderat:

Beate Kerres  
Gregor Helmes  
Volker Siemeister  
Esther Döring  
Walter Roos  
Martin Emmerich  
Petra Simson  
Markus Konitzer  
Daniel Zeus  
Alfred Emmerich  
Simone Hohn  
Michael Winkens  
Tim Ohnemüller  
Stephan Hoffmann  
Michael Heinz  
Gregor Kubatta  
Wolfgang Schneider  
Werner Heinz

Wir sind der Meinung: Hiermit haben wir eine gute Mischung aus alt und jung, Frau und Mann, etwas länger oder ganz neu dabei, gefunden.



Folgende 7 Kandidaten wollen wir von Leutesdorf aus für die CDU in den **Verbandsgemeinderat** der VG Bad Hönningen entsenden:

Torsten Kerres  
Stephan Hoffmann  
Wolfgang Schneider  
Beate Kerres  
Volker Berg  
Tim Ohnemüller  
Volker Siemeister

Da die VG Linz sich offen gegen eine Fusion ausgesprochen hat, glauben wir, dass die SPD-geführte Landesregierung in Mainz vor den anstehenden Kommunalwahlen keine Zwangsfusion aussprechen wird und somit ein VG-Rat gewählt werden muss.

Für den **Kreistag** treten folgende Kandidaten aus der VG Bad Hönningen für die CDU an:

Desireé Schwarz-Hofenbitzer (Bad Hönningen), Oliver Labonde (Rheinbrohl)  
Beate Kerres (Leutesdorf)

### **CDU Leutesdorf: Neujahrsgespräch mit Erwin Rüdell**

Zum traditionellen Neujahrsgespräch war in diesem Jahr MdB Erwin Rüdell zu Gast in Leutesdorf.

Rüdell gab einen Überblick über seine Arbeit in Berlin, und ermutigte die Anwesenden, den anstehenden Kommunalwahlkampf mit viel Engagement und Herz zu führen.



### **Erwin Rüdell MdB:**

#### **Abschiebung ausländischer Gefährder mit allen Mitteln des Rechtsstaats betreiben.**

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen ist eine gute Nachricht. Ausländische Gefährder haben in unserem Gemeinwesen keinen Platz. Mit allen Mitteln des Rechtsstaats muss die Rückführung in ihr Herkunftsland betrieben werden. Wir müssen unseren Behörden gerade für Abschiebungen von Gefährdern und Schwerstkriminellen noch effektivere Instrumente an die Hand geben. Es ist zu hoffen, dass dieser Fall nun abgeschlossen ist.

#### **Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten nicht erneut blockieren.**

Die Einstufung von Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten ist ein wichtiger Schritt, um die illegale Zuwanderung aus diesen Ländern weiter einzudämmen. Schon bei den Westbalkan-Staaten war dieses Mittel erfolgreich und hat zu einem Rückgang illegaler Migration geführt.

Die Einstufung ist auch sachgerecht: In den vergangenen Jahren konnte nur ein kleiner Bruchteil der Asylbewerber aus dem Maghreb eine Schutzbedürftigkeit vorweisen. Für diese Einzelfälle bleibt humanitärer Schutz weiter möglich. Für die zahlreichen ungerechtfertigten Asylverfahren würde mit der Einstufung dagegen eine Beschleunigung erreicht. Dies würde unser Asylsystem zugunsten der tatsächlich Schutzbedürftigen entlasten und eine schnellere Rückführung ermöglichen. Gerade bei Personengruppen mit überdurchschnittlich hoher Kriminalitätsrate ist eine solche Maßnahme angezeigt. Die Grünen sollten sich gut überlegen, ob sie die Einstufung ein zweites Mal im Bundesrat ablehnen.

## **MdL Ellen Demuth und CDU Landtagsfraktion fordern „Straßenausbaubeiträge abschaffen!“**

Die CDU Rheinland-Pfalz fordert die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Die Straßenausbaubeiträge sorgen bei den Bürgerinnen und Bürgern für Verärgerung und stellen die kommunalen Räte sowie Verwaltungen zum Teil vor schwierige Herausforderungen. Neben der Diskussion über die Einführung von Einmal- oder wiederkehrenden Beiträgen, entsteht immer wieder Streit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung über die Höhe der Beiträge, ihre Berechtigung und die Art und Weise der Berechnung. Für viele betroffene Bürgerinnen und Bürger sind Straßenausbaubeiträge existenzbedrohend.

Daher will die CDU eine Gesetzesänderung herbeiführen und diesen nicht mehr zeitgemäßen Beitrag abschaffen. „Die CDU möchte die Anteile der Beitragszahler durch ein Programm des Landes ersetzen. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wäre nicht nur ein mutiger Schritt nach vorne, sondern er würde zugleich unsere Verwaltung, die Gerichte und unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten. Straßen sind Teil der Infrastruktur und ein wichtiger Eckpfeiler örtlicher Daseinsvorsorge, die für jedermann nutzbar ist. Aus diesem Grund sollten die Bürgerinnen und Bürgern in wirtschaftlich guten Zeiten auch etwas zurück-bekommen.“

Ellen Demuth berichtet: „Bundesweit ist erkennbar, dass Gesetzesvorlagen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge erarbeitet werden. Besonders die derzeit oft entstehenden hohen Einmalbeiträge sind für viele Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz eine große finanzielle Belastung. Die von der CDU favorisierte Umstellung von einem beitragsfinanzierten auf ein steuerfinanziertes System wird für den einzelnen Bürger große Entlastung schaffen.“

Demuth weiß: „Es ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, damit am Ende der Bürger entlastet wird.“

## **Europawahl am 26. Mai 2019**

### **Für ein Europa der Sicherheit**

Das Zusammenwachsen Europas vor siebzig Jahren war vor allem eines: Ein Sicherheitsversprechen für seine Bürgerinnen und Bürger. Nach den Erfahrungen furchtbarer Kriege mit Millionen Toten und millionenfachem Leid stand die Erkenntnis: Lasst uns am Verhandlungstisch und nicht auf Schlachtfeldern einen Interessenausgleich finden. Frieden und Sicherheit – das ist das Versprechen Europas. Dem fühlt sich die CDU seit ihrer Gründung verpflichtet. Dafür steht die beispielgebende Staatskunst des ersten CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Das Sicherheitsversprechen Europas war auch die treibende Kraft im Kalten Krieg. Die Vollendung der Deutschen Einheit war nur möglich in einem sicheren und freien Europa. Das wusste Helmut Kohl, das wusste die CDU. Ohne das beharrliche Eintreten für die Sicherheit des freien Europas wäre das Ende des Kalten Krieges in Frieden und Freiheit nicht möglich gewesen.

Auch heute steht Europa vor der Frage, wie es sein Sicherheitsversprechen gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern einlösen kann. Es gibt die Sorge, dass Europa den globalen Herausforderungen nicht gewachsen sein könnte – Terrorismus, Klimawandel, digitaler Wandel, globaler Handel, all das macht vielen Menschen Angst.

Wir müssen auf diese Sorgen echte Lösungen und keine Scheinlösungen und einfache Antworten geben. Und eine solche echte Lösung kann nur eine überzeugende europäische Antwort sein. Ja, es bedarf einer europäischen

Kraftanstrengung, damit die Europäische Union in der globalen Ordnung Gewicht hat und damit ihr umfassendes Sicherheitsversprechen einlösen kann.

Ein Europa der Sicherheit wird es also nur geben, wenn Europa bereit ist, seine Rolle in einer sich verändernden Welt zu finden. Will Europa ein globaler Akteur sein, dann muss sich Europa auch wie ein globaler Akteur verhalten. Die CDU steht als die Europa-Partei in Deutschland bereit, daran mitzuwirken. Wir wollen Europa voranbringen, wir wollen Europa stärker, erfolgreicher, sicherer, dynamischer und handlungsfähiger machen.

### **Protest ersetzt das Ringen um die Richtigkeit**

Von Klaus-Peter Schöppner, deutscher Meinungsforscher

„Politik wird nicht mehr zum Streit um neue Ideen, Inhalte, Positionen. Andere Motive treten an deren Stelle: Protestieren oder Denkmäler, wenn meine Interessen nicht genügend berücksichtigt werden. Emotionen ersetzen rationale Entscheidungen. Selbst eine gute Wirtschaftslage kann nicht verhindern, dass Tagesaktualität einen deutlich größeren Einfluss bekommt: wie Fukushima, wie Seehofer, wie Diesel-Skandal! Ich wähle die Energiewende jetzt, egal, was sie jetzt kostet. Den Rodungsbaustopp sofort, selbst wenn gültige Verträge existieren. Autofreie Innenstädte, selbst wenn noch mehr Kilometer in engen Seitenstraßen gefahren werden. E-Mobilität sofort, obwohl deren Strom zu großem Teil fossil gewonnen wird und Batterien weiterhin ein Umweltproblemfall bleiben. Was immer du tust, bedenke das Ende: Dieser Satz hat bei Wahlen seine Bedeutung verloren.“

Herausgeber und verantwortlich: CDU-Ortsverband Leutesdorf  
Mitarbeit: Beate Kerres, Erich Schneider, Volker Berg,  
Redaktion: Beate Kerres, Hauptstr. 100, 56599 Leutesdorf  
Kritik/Lob und Anregung an: beate.kerres@t-online.de  
Bilder: Privat/Facebook Weiße Rose Gemeinschaft  
Druck: Johann, Neuwied

### **CDU: Kommunalpolitisches Seminar**

Der CDU-Ortsverband Leutesdorf bietet seinen Kandidaten ein kommunalpolitisches Grundlagenseminar an. Gerne können auch weitere Interessierte dazu kommen!

Termin: **23. März 2019**  
Ort: **Gemeindezentrum Leutesdorf**  
Zeit: **9 bis 12 Uhr**

Referent ist: Stefan Heck, Referent beim Gemeinde- und Städtebund.

Bitte melden Sie sich dazu bis zum 15. März 2019 bei Beate Kerres an.



### **Zeitemstellung – ja oder nein?**

Sommerzeit oder Winterzeit – in welchem Takt sollen Europas Bürger künftig leben? Zu dieser Frage durften sie ihre Meinung per Internet kundtun.

Rund 4,6 Millionen Bürger aus den Mitgliedsstaaten haben sich im Sommer d. J. an dem Votum beteiligt.

Es gab offenbar rund drei Millionen Stimmen aus Deutschland, demnach nur 1,6 Millionen aus allen übrigen EU-Staaten.

Da stellt sich die Frage: **Sind das die Probleme, die uns momentan wirklich umtreiben?**

